

Nr. XIX.GP.NR  
1362 1J  
1995 -06- 22

## ANFRAGE

der Abgeordneten Öllinger, Anschober, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Österreich als Schlupfloch für Waffenschieber

In einem Bericht des Nachrichtenmagazins der ARD , "Report" vom 24. April 1995, wurde Österreich als das "Schlupfloch für Waffenschieber" innerhalb der Europäischen Union bezeichnet. Im Bericht hieß es unter anderem, daß über Österreich mehr geschmuggelte Waffen nach Deutschland gebracht würden als über Osteuropa. Das österreichische Waffenrecht sei so großzügig, daß es mit dem Waffenrecht der übrigen EU - Staaten (ausgenommen Frankreich) faktisch inkompatibel sei und dringend angepaßt werden müsse. In dem Bericht wurde auch die gesetzliche Verpflichtung, den Erwerb von Waffen über die Eintragung in ein Waffenbuch mittels Personalausweis zu dokumentieren, kritisch beleuchtet. In mehreren mit versteckter Kamera gefilmten Kaufverhandlungen wurde demonstriert, daß selbst diese harmlose Verpflichtung nicht eingehalten wird.

Wie gefährlich das österreichische Waffenrecht ist, wird auch durch eine APA - Meldung vom 19. Februar 1995 deutlich. In der Meldung wird berichtet, daß ein deutscher "bis an die Zähne bewaffneter arbeitsloser Tischler aus Frankfurt" am Grenzübergang Neuhaus am Inn von Beamten der bayrischen Grenzpolizei verhaftet worden war. Der mehrfach wegen Verstößen gegen das Waffengesetz vorbestrafte (!) Mann, der wegen seines militärischen Outfits aufgefallen war, trug drei scharf geladene Pistolen sowie 340 Schuß Munition am Körper. Er gab an, sich die Waffen als "Lebensversicherung" und zur "Selbstverteidigung" um rund 50.000 Schilling in Österreich gekauft zu haben.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

## ANFRAGE:

1. Wie bewerten Sie die Aussage, daß Österreich ein "Schlupfloch für Waffenschieber" ist?
2. Sind Ihnen auch andere Vorfälle wie der oben geschilderte vom Februar 1995 aus den letzten Monaten bekannt? Wenn ja, wieviele?
3. Hat es in den letzten Monaten auch Versuche gegeben, Waffen in die Kriegsgebiete des ehemaligen Jugoslawiens zu transferieren?

4. Halten Sie aus den Beobachtungen Ihres Ressorts eine Verschärfung der waffengesetzlichen Bestimmungen für sinnvoll bzw. sehen Sie einen Anpassungsbedarf an das Waffenrecht der anderen EU - Staaten?
5. Hat die Problematik von Waffenhandel, Waffenexporten bzw. Waffenrecht in Österreich auch in den Konsultationen der Innenminister der Europäischen Union eine Rolle gespielt und welche Haltung haben Sie dazu vertreten?
6. Welche Erfahrungen hat Ihr Ressort mit der Eintragungspflicht in die Waffenbücher gemacht? Wie bewerten Sie diese Eintragungspflicht? Ist sie eine Hilfe bei polizeilichen Ermittlungen?
7. Durch welche Maßnahmen könnten Ihrer Meinung nach Vorfälle wie der geschilderte vom Februar 1995, wonach es offensichtlich selbst für mehrfach einschlägig vorbestrafte EU - Bürger kein Problem ist, sich in Österreich mit Waffen und scharfer Munition einzudecken, verhindert werden?
8. Durch welche Maßnahmen könnten Ihrer Meinung nach gefährliche Waffensammlungen wie die Mitte Mai von burgenländischen Kriminalbeamten bei einem Hilfsarbeiter in Oberschützen entdeckte, die Kriegsmaterial (vier Maschinengewehre, 30 Gewehre, 1.000 Schuß Munition, Bajonette) im Umfang einer LKW- Ladung umfaßte, verhindert oder zumindest weitgehend ausgeschlossen werden?